

Forum Christ & Politik 2008

Es gilt das gesprochene Wort!

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk“ – so lautet das Motto dieses Forums. Der Spruch des Salomon, dem das Motto entnommen ist, geht aber in einem zweiten Halbsatz noch weiter. Der lautet in der Einheitsübersetzung: „Der Völker Schmach ist die Sünde.“

Schon im Alten Testament also verbindet der Begriff der Gerechtigkeit zwei Aspekte: den sozialen – auf den das zweimal vorkommende Wort „Volk“ hinweist – und den der persönlichen Verantwortung – denn die Sünde muss jeder Einzelne sich selbst zurechnen.

Der Begriff der Gerechtigkeit spielt im Alten Testament in vier Lebensbereichen eine Rolle:

- in der Rechtsprechung, die zu Gerichtsverfahren nach dem Maßstab der Gleichheit vor dem Gesetz angehalten ist
- in der Beschreibung der Königsherrschaft
- bei der Darstellung angemessenen Verhaltens gegenüber Menschen und Gott
- und schließlich bei der Beschreibung lebensförderlicher Ordnung in Staat und Schöpfung.

Einige der Propheten fordern ein „Tun von Recht und Freundlichkeit“. Sie deuten damit an, dass der Gerechte nicht bloß das tut, was seine Pflicht ist, sondern das Pflichtgemäße mit Freundlichkeit überbietet, wohl schon ein Vorgriff auf das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter.

Im Neuen Testament spielt aber noch ein weiterer, sehr wichtiger Gedanke eine Rolle, den besonders der Apostel Paulus hervorhebt: Gerechtigkeit im wahrsten Sinne des Wortes bezeichnet allein das gerechte Handeln Gottes, durch das wir Menschen gerettet sind.

1. Maßstab unseres Handelns ist dennoch die Gerechtigkeit Gottes, auch wenn wir diese selbst natürlich nie erreichen können. Irdische Gerechtigkeit ist immer ein Suchen, ein nie endender Prozess. Wer irdische Gerechtigkeit mit der Gerechtigkeit Gottes gleichsetzt und verwechselt, irrt mindestens oder landet im Totalitarismus.

Auch die griechische Philosophie kennt den Begriff der Gerechtigkeit. Am klarsten formuliert ihn Aristoteles in der Nikomachischen Ethik: Gerechtigkeit ist für ihn die sich auf den Anderen beziehende vollendete Tugend. Wir erkennen hier – wie im Zitat aus dem Buch der Sprüche – die beiden Aspekte der eigenen Verantwortung, die man für andere hat.

Diesen in der Bibel und bei den Griechen vorbereiteten Gedanken bringt dann letztlich Thomas von Aquin auf den Punkt: Prüfstein für gerechtes Handeln ist das Gemeinwohl.

Wenn es dem gerecht Handelnden um das Wohl des Gemeinwesens geht, kann die Gerechtigkeit eine besondere politische Funktion erfüllen: Sie hält dann nämlich dieses Gemeinwesen stabil und verhindert, dass es ins Verderben stürzt – wie der zweite Teil des salomonischen Spruchs, der über diesem Forum als Motto steht, in manchen Übersetzungen wiedergegeben wird.

2. Ein zweiter Punkt ist für unsere heutige Debatte ebenso wichtig – ich hatte bereits kurz darauf hingewiesen. Gerechtheit zu handeln ist ein Anspruch, der an jeden einzelnen von uns gestellt ist. Ob gerechte Verhältnisse herrschen, das ist an erster Stelle eine Frage des Umgangs der Menschen untereinander. Wir müssen dies unbedingt und immer vor Augen haben, wenn wir uns darüber Gedanken machen, was eine christlich orientierte Sozialpolitik ausmacht.

Dass wir jedem Einzelnen zutrauen und zutrauen müssen, an der Suche nach Gerechtheit mitzuwirken, ergibt sich aus unserem christlichen Menschenbild. Gott kennt jeden in seiner Einzigartigkeit, Er hat ihn „beim Namen gerufen“ und als freies Individuum angenommen.

Daher hat ein jeder auch von Gott die Anlagen, sein Leben selbst so zu führen, dass er dem Gemeinwohl dient. Auch das müssen wir in doppelter Weise verstehen: Er hat nämlich nicht nur die dafür nötigen Fähigkeiten und Freiheiten, sondern auch die damit verbundene Verantwortung.

Für eine in dieser Weise fundierte und christlich orientierte Sozialpolitik kann dann auch gelten:

Wer diese Freiheit und diese Verantwortung ohne eigenes Verschulden nicht wahrnehmen kann, dem muss Hilfe zuteil werden.

Denn wir haben die Verantwortung, jedem Menschen in Notlagen ein der Würde der menschlichen Person entsprechendes Leben zu ermöglichen.

Woher müsste die Hilfe in Notlagen an erster Stelle kommen? Gefragt sind zunächst die Familie und Verwandte, dann auch Freunde, Nachbarn, die Gemeinde, gegebenenfalls die Schulgemeinschaft oder auch der Sportverein und so weiter.

Denn was die Familie, die Gemeinschaft, was gesellschaftliche Gruppen in eigener Regie erledigen können, muss nicht von staatlichen Einrichtungen oder Behörden gemacht werden. Ja, wir müssen noch einen

Schritt weitergehen: Es darf gar nicht von staatlichen Stellen gemacht werden, weil sonst Freiheit und Verantwortung der Menschen beschnitten wird. Das ist der einfach klingende aber so schwer umsetzbare Grundsatz der Subsidiarität.

Nehmen wir die Familien. Sie sind der erste Ort für Gemeinschaft und Gesellschaft. Sie sind der Ort, in dem Gerechtigkeit gelebt und gerechtes Handeln erlebt und möglichst eingeübt wird. In ihrer materiellen und immateriellen Fürsorge füreinander gehen die Familien der staatlichen rein materiellen Fürsorge voran; und sie entlasten damit den Sozialstaat erheblich. Gleichzeitig schaffen die Familien durch die Geburt und Erziehung von Kindern die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Christlich orientierte Sozialpolitik wird sich daher zum Ziel setzen, die Freiräume für privates und bürgerschaftliches Engagement zu bewahren und Mittel bereit zu stellen. Dazu darf der Staat dann auch die Bürger in die Pflicht nehmen, zum Beispiel indem er Steuern und Abgaben erhebt.

Heute ist das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und staatlichen Hilfen aus der Balance geraten. Der Sozialstaat alter Art, der in großem Umfang Geld einsammelt und dann neu verteilt, ist schon vor einiger Zeit an seine Grenzen gestoßen, finanziell und wegen der demographischen Entwicklung.

Maßstab für eine erfolgreiche und zukunfts-sichere Sozialpolitik ist nicht eine möglichst umfangreiche Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Maßstab kann nur sein, was wir tun, damit jeder seine eigenen Fähigkeiten zur Entfaltung bringen und seine Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben nutzen kann.

Nach diesen eher grundsätzlichen Bemerkungen ein paar Anwendungsbeispiele:

- Nach unserem Verständnis sollen vorrangig die Tarifparteien über die Bezahlung verhandeln und entscheiden auch über Untergrenzen. So ist es Jahrzehnte lang in

11. März 2008

www.kas.de

der Bundesrepublik praktiziert worden; nicht zuletzt auch dadurch ist Deutschland wirtschaftlich stark geworden. Wenn Tarifpartner ihre Aufgaben erfüllen, soll sich der Staat aus der Lohnfindung heraushalten.

Das müssen wir auch für die Zukunft sichern. Nur wo die Tarifpartner versagen, da kann eine Aufgabe für den Staat bei der Lohnfindung verbleiben.

Ich füge hier noch einen Gedanken hinzu: Es sollte eigentlich selbstverständlich sein, dass es ein sogar unabweisbares Gebot der Gerechtigkeit ist, erst einmal denen, die gar keine Arbeit haben – nicht mal eine schlecht bezahlte – einen Arbeitsplatz zu verschaffen und nicht durch Löhne oberhalb der Produktivität Arbeitsplätze zu vernichten.

- Eine christlich orientierte Sozialpolitik muss auch sicherstellen, dass auch künftige Generationen angesichts des demographischen Strukturwandels eine realistische Chance eigener sozialer Sicherung erkennen können. Insofern geht es hier um eine Überlebensfrage der Gesellschaft und auch des Sozialstaats.

Daher müssen wir auch das Wirtschafts- und Arbeitsleben familienfreundlicher gestalten: mit Rücksicht auf die erwerbstätigen Mütter und Väter einerseits, aber ebenso im Interesse der gesamten Gesellschaft andererseits.

Es wäre nicht nur ungerecht, sondern im Übrigen auch ökonomisch kurzfristig, wenn sich die Wirtschaft allein am ungebundenen Single als dem idealen Arbeitnehmer orientieren würde.

Ebenso wenig stünde es ihr an, sich allein auf die Jungen stützen zu wollen. Es ist doch längst bekannt, dass das Wissen und die Erfahrung der älteren Arbeitnehmer eine unverzichtbare Ressource für unsere Wirtschaftskraft ist – und zwar nicht bloß, weil wir längere Lebensarbeitszeiten brauchen, um unser Rentensystem zu sichern, sondern auch, weil Wissen und Erfahrung die einzigen Ressourcen sind, mit denen unser Land heute noch wuchern kann.

Schon längst wäre es völlig verfehlt, wenn sich die Sozialpolitik immer noch am Gegensatz zwischen den klassischen Wirtschaftsfaktoren Arbeit und Kapital orientieren würde. In Zukunft werden auch die heute sichtbaren sozialen Schichtungen weniger Bedeutung haben. Denn es ist bereits jetzt absehbar, dass sich neue soziale Ungleichheiten entlang des Spektrums von Wissen und Nichtwissen entwickeln und abzeichnen werden.

Der Trend zur Wissensgesellschaft und die damit verbundene Herausforderung, alle gemäß ihren Talenten möglichst umfassend an der Wissensaneignung und der Orientierung über Wissen teilhaben zu lassen und so zu einem selbständigen Leben zu befähigen, das ist der Zusammenhang, in dem sich in Zukunft eine christlich orientierte Sozialpolitik bewähren muss.

Lassen Sie mich abschließend einen Blick auf zwei Faktoren werfen, die für den Erfolg einer solchen Politik überwunden werden müssen:

- erstens die politische Dominanz von Partikularinteressen, organisiert in starken Interessensverbänden und der Mangel an Menschen und Organisationen, die den Blick auf das Ganze und auf eine nachhaltige, zukunftsorientierte Politik richten – und

- zweitens die heute noch von vielen – manchmal sogar wider besseres Wissen – propagierte Verengung der Sozialpolitik auf eine reine Umverteilung von Einkommen und Vermögen.

Wir brauchen statt dessen Menschen, die die Perspektive subsidiär organisierter Förderung der aktiven Beteiligung am gesellschaftlichen Leben einnehmen und die damit die Leistung und Bedeutung von Familie, von Nachbarschaft, von Schule und von anderen sozialen Beziehungen für die Zukunft unserer Gesellschaft – einschließlich unserer Wirtschaft – wieder in den Vordergrund rücken.